

Presseerklärung der Frauenzentren Neu-Isenburg und Frankfurt

Wir Frauen der Frauenzentren Neu-Isenburg und Frankfurt sind voller Empörung über die sich häufenden öffentlichen Äußerungen konservativer Ärzte und Politiker zum Schwangerschaftsabbruch.

So vergleicht beispielsweise der Münchener Internist Holzgartner die steigende Zahl der Schwangerschaftsabbrüche mit den faschistischen Massenmorden in Auschwitz, oder der Präsident der Bundesärztekammer Vilmar bezweifelt das Vorliegen einer tatsächlichen Notlage bei den Schwangerschaftsabbrüchen nach „sozialer Indikation“.

Wann ungeborenes Leben schützenswert ist, ist keine lediglich naturwissenschaftliche Frage, sondern immer eine Frage der Abwägung konkreter Interessen. Das konkrete Interesse dieser konservativen Familienpolitiker kann nur sein, uns Frauen wieder vom Arbeitsmarkt weg an den häuslichen Herd zu verbannen. Das Interesse von Frauen mit Kindern, ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben zu führen, wird von diesen Herren mit Füßen getreten.

In unserer langjährigen § 218-Beratungstätigkeit haben wir die Erfahrung gemacht, daß keine Frau sich leichtfertig für eine Schwangerschaftsunterbrechung entscheidet.

- Solange eine Mutter mit Kind von 431,- DM leben muß,
- bei Krankheit des Kindes ihren Arbeitsplatz riskiert
 - keine kinderfreundliche Wohnung findet
 - die Betreuung der Kinder in sozialpädagogischen Einrichtungen nicht gewährleistet ist. . .

sind Frauen immer wieder unter großen Konflikten gezwungen, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen.

Solange die Lebensrealität von vielen Kindern so ist,

- daß 300.000 Kinder in Obdachlosensiedlungen leben,
- daß 250.000 Kinder in Heimen leben,
- daß mehr als eine Million Kinder mißhandelt werden,
- daß jährlich 1.000 Kinder zu Tode geprügelt werden,

- daß jährlich 600 Kinder Selbstmord begehen, wird es die Abtreibung aufgrund einer sozialen Notlage geben müssen.

Einer Ärzteschaft, die sich um den Schutz des Lebens bemüht, stände es eigentlich an, Frauen in Konfliktsituationen nicht zu verurteilen sondern ihnen, auch bei der Frage der Verhütung, wirklich Beratung und Hilfe zukommen zu lassen.

Wir sind sehr betroffen, daß die wenigen Berater und Ärzte, wie die Pro

familia in Bremen, die sich mit der Lebensrealität von Frauen auseinandersetzen und helfen, derart diskriminiert werden.

Nur mit einer durch Macht- und Finanzinteressen gefärbten Brille kann die tatsächliche Notlage vieler Frauen so ignoriert werden. Wir weisen daher auf das entschiedenste den Vorwurf eines leichtfertigen Handelns von Arzt, Berater und Frau, der uns in die Nähe brutalen Völkermords während des Faschismus rückt, als unverschämt zurück.

§ 218

AVORTER C'EST NOTRE DROIT



**marche des femmes
sur Paris**

Contact : F.M.A. - BP 370-75625 PARIS CEDEX 13. "Marche"

In Frankreich wurde die Abtreibung nur auf Probe liberalisiert. Das „Lois Veil“ läuft Ende 1979 aus. Deshalb wurde zum 6. Oktober zu einem Marsch der Frauen auf Paris aufgerufen.